

der Besprechung am 24. Januar im Großen Sitzungssaal des
Reichspostministeriums.

Anwesend waren:

Staatssekretär Dr. Bredow

Geheimer Postrat Buntkirchen

Oberregierungsrat Stegmann (Abt. München)

Oberpostrat Dr. Hartmann

Oberpostrat Giesecke

Postrat Brand

Postassessor Dr. Clausen

Oberpostsekretär Rauch)

• • • • • Witte)

als Schriftführer

Reichspostministe-
rium, Berlin.

Oberpostrat Dr. Harbich

Postrat Thurn

Telegraphentechni-
sches Reichsamt.

Dr. Vob

Assessor Vierregge

„Deutsche Stunde“,
Berlin.

Direktor Bissinger

• • • • • Sabern

„Deutsche Stunde“,
München.

Landrichter Dencker

Ziellingenieur Schmidt

Hamburger Radio-
Klub.

Freiherr von Gregory

Postrat Kuhlmann

Redakteur Bodenstedt

Hamburger Nach-
richten.

Kaufmann Wend

• • • • • Lütge

Norddeutscher Ra-
dio-Klub, Hamburg.

Geh. Regierungsrat Prof.
Dr. Wachsmuth

Dr. Lertes

Südwestdeutscher Radio-Klub,
Frankfurt (Main).

Prof. Dr. Dieckmann

Dr. Fuchs

Hauptmann a. D. Schapper

Süddeutscher Radio-Klub,
München.

Oberstleutnant a. D.
von Stockmayer

Schulrat Nusser

Württembergischer Radio-Klub,
Stuttgart.

a. o. Prof. Kock

Dipl. Ing. Dr. Nesper

techn. Schriftsteller Dr.
Neuburger

Dipl. Ing. Bertram

Ingenieur Dr. Loewe

" von Weiher

cand. Ing. Riepka

Deutscher Radio-Klub, Berlin.

Univ. Prof. Dr. Marx

Dr. Jaeger

Direktor Richter

Kaufmann Beyer

Radio-Vereinigung Leipzig.

Dr. Bunner

Dr. Stedentopf

Kaufmann Zschiesche

Radio-Club Dresden.

Dr. Ing. Hoffmann

Oberingenieur Harz

Schleswig Holsteinischer
Radio-Club, Kiel.

Ingenieur Richter richtig; Riechers

Lehrer Reeg

Radio-Vereinigung e. V.
Coburg

Verleger R. Mayrshofer

Illustrierte Radio-Zeitung.

Staatssekretär Dr. Bredow eröffnet um 10.20 Uhr die Besprechung und begrüßt die Erschienenen. Seine längeren Ausführungen sind in der beiliegenden Anlage enthalten.

Landrichter Dencker (Hamburger Radio-Klub) dankt als Vertreter der Vereine der Funkfreunde für die warmen Worte des Herrn Staatssekretärs. Er teilt die Gründung eines Radiokartells mit, das ein Bindeglied zwischen den angeschlossenen Vereinen und der Reichstelegraphenverwaltung werden soll. Das Kartell ist gegründet worden von dem Hamburger Radio-Klub, dem Norddeutschen Radio-Klub (Hamburg), dem Südwestdeutschen Radio-Klub (Frankfurt/Main) und dem Süddeutschen Radio-Klub, Sitz München. Beigetreten sind dem Kartell bisher der Deutsche Radio-Klub (Berlin), der Württembergische Radio-Klub (Stuttgart), die Radio-Vereinigung Leipzig, der Radio-Club Dresden und der Radio-Verein Coburg.

Das Kartell will nur Vereine aufnehmen, die auf einer gleichen technischen und kulturellen Stufe stehen. Die aufzunehmenden Vereine sollen sich die Förderung der Technik angelegen sein lassen sowie die Erziehung der Mitglieder zum technischen Denken; alle geschäftlichen Zwecke sollen ausgeschlossen sein. Den angeschlossenen Vereinen soll zur Pflicht gemacht werden, die Aufnahmebedingungen streng zu fassen und vor der Aufnahme von Mitgliedern genau zu prüfen, ob diese die Ziele des Vereins zu fördern geeignet sind.

Die Verhandlungen mit der Reichstelegraphenverwaltung sollen im Geiste vollsten Vertrauens geführt werden.

Staatssekretär Dr. Bredow gibt seiner Freude über die Kartellgründung Ausdruck; er teilt sodann mit, daß an die Teilnehmer nunmehr ein Entwurf von Richtlinien für die

Regelung

Regelung des Amateurwesens verteuert werden würde, und schlägt vor, eine Pause in den Verhandlungen eintreten zu lassen, damit die Vereine unter sich die Richtlinien beraten könnten.

Dem wird zugestimmt.

(12 - 2 Uhr Pause.)

Nach Wiedereröffnung der Verhandlungen durch Staatssekretär Dr. Bredow führt Landrichter Dencker im Namen des Kartells aus, daß der Entwurf der Richtlinien freudig begrüßt wurde. Er legt den Wunsch der Vereine dar, u. U. auch selbst einen Sendebetrieb auszuüben, vielleicht auch Unterhaltungsstoff zu verbreiten. Er schneidet sodann die Frage der Erstellung der Genehmigungsurkunden durch die Klubs an. Es bestehe zwar keine einheitliche Auffassung darüber; das Kartell möchte aber gern Klarheit haben.

Redner legt weiter den Wunsch auf Erweiterung des Wellenbereichs für Rundfunkempfänger dar. Dieser Wunsch entspringe der Ansicht, daß die Darbietungen des Berliner Senders noch nicht überall gehört würden; man möchte daher ausländische Sender hören. Es sei gewisse Unruhe in Mitgliederkreisen darüber. Das beste Mittel dagegen sei, wenn man ihnen sagen könnte, daß der deutsche Rundfunk in einigen Monaten dem Auslande ebenbürtig sein und in ganz Deutschland gehört werden würde.

Redner äußert dann Bedenken gegen eine Trennung der Mitglieder in ordentliche und außerordentliche. Das gewünschte Ziel ließe sich vielleicht in anderer Form auch erreichen. Ebenso beständen Bedenken gegen die in den Richtlinien vorgesehene Pflicht der Klubs zur Überwachung der Amateurs und der Anzeigenerstattung. Diese Bedingung sei schwer annehmbar. Er schlägt zunächst einen Generalpardon für alle nicht genehmigten Anlagen vor, die sich

bis zu einem bestimmten Termin zu melden hätten. Der größte Teil der „Schwarz Hörer“ wird sich dann wohl melden. Redner führt sodann aus, daß die Gebührenfrage zweckmäßig zunächst unerörtert bleibe. Er erbittet aber Zusage einer späteren Beteiligung des Kartells bei Regelung dieser Frage. Änderungen der Bedingungen dürften ferner nur mit Zustimmung der Klubs vorgenommen werden können, nicht einseitig von der Telegraphenverwaltung.

Staatssekretär Dr. Bredow: Die Frage, ob die Klubmitglieder in ordentliche und außerordentliche Mitglieder zu scheiden seien, ist nur von geringer Bedeutung. Hauptsache ist, daß das Ziel erreicht werde; die Vereine mögen die für sie bequemste Fassung vorschlagen. Die Ertellung der Genehmigungen hat die Postverwaltung s. Zt. zunächst nur auf sich genommen, weil keine andere Stelle dafür da war. In Aussicht genommen ist zunächst der Vertrieb der Lizenzen durch die Sendegesellschaften. Es könnte aber auch in Frage kommen, außerdem auch die Vereine damit zu betrauen, soweit diese Wert darauf legen; eine Erstattung der u. U. entstehenden Kosten an die Vereine durch die Verwaltung könnte allerdings nicht in Betracht kommen.

Die Frage der Erweiterung des Wellenbereichs ist schon gestern mit den Verbänden der Industrie erörtert worden; Anlaß dafür war die Befürchtung, daß, wenn alle Länder im Bereiche von 250-700 m senden - und dahin geht die Entwicklung - u. U. die verschiedenen Sender der einzelnen Länder sich stören werden. Im übrigen würde ein solcher Schritt die Weiterentwicklung des Rundfunks zweifellos hemmen und stärksten Widerspruch der Fabrikanten und der Teilnehmer zur Folge haben, die bereits im Besitz eines Apparats sind. Das Bedürfnis des Mithörens fremder Sender könne man im übrigen auch mit dem freigegebenen

Wellenbereich

Wellenbereich befriedigen.

Die Überwachung der Mitglieder ist so gedacht, daß die Vereine sich nicht etwa als Denunzianten betätigen, sondern vor allem dabei mitwirken, die „schwarzen“ Stationen zu überzeugen, daß sie im Unrecht sind, und gegen offensichtliche Mißstände einschreiten. Die demnächst erscheinende Verordnung wird eine Meldefrist für alle nicht genehmigten Funkanlagen festlegen.

Die Gebührenfrage wird zweckmäßig später erörtert.

60 \$ sind vielleicht für heutige Verhältnisse viel Geld; indes wird fürs erste Jahr an dieser Gebühr festzuhalten sein. Die Entwicklung der Sendegesellschaften, Programme usw. erfordert hohe Beträge. Geringere Gebühren hätten u. U. schlechtere Darbietungen zur Folge. Was die Art der Einziehung der Gebühren betrifft, so wird von allen Seiten eine Steuer auf die Röhren angeregt. Eine solche Maßnahme wäre nicht zweckmäßig, weil andere Stellen Beschlag darauf legen würden. Die aufkommenden Gebühren kämen jedenfalls nicht dem Rundfunk selbst wieder zugute, was jetzt sichergestellt ist. (: Allgemeine Zustimmung :)

Staatssekretär Dr. Bredow macht sodann nähere Mitteilungen über die Entwicklung der Verhältnisse auf dem Gebiete des Rundfunks in Amerika. Die Verhältnisse drängen dort zu einer gleichen Regelung wie hier bei uns.

Landrichter Dencker dankt für die Ausführungen des Staatssekretärs. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß im Sommer oder Herbst ein guter Betrieb im Gange sein wird.

Auf Vorschlag des Staatssekretärs Dr. Bredow wird sodann von den erschienenen Vertretern der Amateurreine ein kleinerer Ausschuß zur Weiterberatung der Richtlinien gebildet.

An den Beratungen dieses Ausschusses nehmen die Herren Ober-
postrate Giesecke, Dr. Hartmann und Dr. Harbich, Postrat
Brand, Geheimrat Wachsmuth, Prof. Dr. Dieckmann, Landrichter
Dencker, Dr. Jaeger, Ing. von Weiker, Dr. Ing. Hoffmann, Zi-
vilingenteur Schmidt und Oberpostsekretär Rauch teil.

Die Verhandlungen dauerten von 3,25 bis 6,30 Uhr
nachm. Das Ergebnis ist in den beiliegenden umgearbeiteten
„Richtlinien“ enthalten.